

## Unser Land kann mehr

**Keine Kompromisse und keine Rücksichtnahmen – das war die klare Ansage von Angelika Gramkow zu Beginn des Landesparteitages am 21.5. in Schwerin. Damit stimmte die Schweriner Oberbürgermeisterin die Delegierten auf die folgende Diskussion über das Wahlprogramm ein, das am Ende des Tages bei nur einer Gegenstimme verabschiedet wurde.**

Das Landtagswahlprogramm sei das Ergebnis vieler Gespräche mit Vereinen, Verbänden und Bürgern, machte die Landesvorsitzende Heidi Bluhm zu Beginn ihrer Rede deutlich. DIE LINKE ist nahe an den Menschen, sollte das wohl heißen, im Gegensatz zur Schweriner Großen Koalition, die sich von den Einwohnern des Landes entfernt habe und abgelöst werden müsse. Der Wahlslogan der SPD „Gemeinsam auf Kurs“ sei Wählertäuschung, während DIE LINKE mit dem Slogan „Aus Liebe zu M-V“ einen

Widerspruch deutlich mache, den viele im Land empfinden: Die Menschen lieben Mecklenburg-Vorpommern, sind aber trotzdem mit vielen politischen Entscheidungen und der Art regiert zu werden unzufrieden. Daran müssen wir ansetzen. Stärker als 2011 wollen wir aus der Landtagswahl am 4.9. hervorgehen, verkündete Heidi Bluhm. Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt genauso wie aktuelle Umfrageergebnisse bieten

treten landespolitische Fragen angesichts der Flüchtlingsfrage in den Hintergrund. Wir müssen erstens deutlich herausstellen, dass die „Flüchtlingskrise“ nur ein Symptom tieferliegender Probleme hier und global ist.

Zweitens müssen wir den Menschen erklären, dass die Regierung bei der Lösung der Alltagsprobleme versagt und vor allem die Krise der öffentlichen Infrastruktur nicht bekämpft. Wir stellen die soziale Frage in den Mittelpunkt; und wenn die Grünen gesundes Essen für alle fordern, dann fordern wir armutsfeste Einkommen für alle Menschen, damit sie sich gesundes Essen überhaupt erst leisten können.

Fortsetzung auf S. 3



eigentlich wenig Grund für Optimismus. Für uns ergeben sich zwei wesentliche Probleme: Erstens sind auch wir von der Akzeptanzkrise des politischen Systems/ des Parteiensystems betroffen; zweitens



In Gägelow wurde die Liste zur Landtagswahl 2016 aufgestellt  
Mehr dazu auf den Seiten 1, 3 und 4



Im Mai fand in Proschim das vermutlich größte Klimacamp aller Zeiten statt  
Mehr dazu auf Seite 4



Der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Bischoff weilte zum Vortrag in Rostock  
Mehr dazu auf Seite 6

## In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Bürgerentscheid  
■ Seite 3/4: Landesparteitag  
Seite 4: Klimacamp  
Seite 5: Direktkandidatin Eva  
Seite 6: Kapitalismus  
Seite 7: KulturOffen  
Seite 8: Plattdeutsches

Seite 9: Tag der Befreiung  
Seite 10: Kuba  
Seite 11: Verschiedenes  
Seite 12: Nachrufe  
Seite 13/14: Strategie  
Seite 14: Wohnungspolitik  
Seite 16: Girls Day in Rostock

Liebe Leserinnen und Leser, saft- und kraftlos präsentiert sich diese Ausgabe des KLARTEXT ganz sicher nicht. Natürlich haben wir schon spannende Landesparteitage erlebt, aber es war doch schön anzusehen, wie die Delegierten konstruktiv und zielorientiert an der Endfassung des Landtagswahlprogramms arbeiteten und dieses dann mit großer Geschlossenheit verabschiedeten. Auch Torten flogen nicht. Mehr dazu in der ausführlichen Berichterstattung. Mit den Inhalten unseres Wahlkampfes werden wir uns dann in der nächsten Ausgabe in geeigneter Form beschäftigen. DIE LINKE. M-V hat ein klares Profil, das wir den Wählern nun näherbringen müssen. Und hat Barbara Kirchhainer nicht Recht,

wenn sie auf dem Bundesparteitag forderte, DIE LINKE müsse mehr auf ihre Erfolge pochen?

Wie versprochen liefern wir Euch einen Überblick über die Kernthesen aus Katja Kippings und Bernd Riexingers Strategiepapier „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“. Ein Vorgeschmack auf die Berichterstattung über den Bundesparteitag in der nächsten Ausgabe unserer kleinen Mitgliederzeitung. Ein großes Dankeschön an die Autor\*innen, die auch dieses Mal die Redaktion bei ihrer Arbeit unterstützt haben.

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

Der 1. Mai war in diesem Jahr ein besonders schöner Frühlingstag in Rostock. Der Tag der Arbeit begann um 10 Uhr auf dem Doberaner Platz mit einer Kundgebung der Gewerkschaftsjugend und anderer linker Organisationen. Wenig später machten sich die Demonstrierenden auf den „Langen Marsch“ zum Kastanienplatz. Vor dem Unigebäude in der Parkstraße informierte Karsten Kolbe in einem Redebeitrag über die prekären Arbeitsbedingungen an der Rostocker Universität.



Der Demonstrationzug kam rechtzeitig zur Podiumsdiskussion auf dem Kastanienplatz an, wo Eva-Maria Kröger sich mit Vertretern anderer Parteien zum Thema Altersarmut austauschte. Dabei kam heraus, dass nur DIE LINKE ein Rezept gegen das Problem hat.

Ein großer Erfolg war wieder einmal der linke Kuchenbasar. Im Angebot waren auch Bücher und Gestrücktes. Vielen Dank an alle, die das Gelingen unseres Auftritts am 1. Mai zu einem Erfolg gemacht haben!

Vertretern anderer Parteien zum Thema Altersarmut austauschte. Dabei kam heraus, dass nur DIE LINKE ein Rezept gegen das Problem hat. Ein großer Erfolg war wieder einmal der linke Kuchenbasar. Im Angebot waren auch Bücher und Gestrücktes. Vielen Dank

## KLARTEXT online

### Paritätischer stellt Sozialpolitik der Bundesregierung Armutszeugnis aus

In seinem Ende Mai vorgestellten Jahresgutachten zur sozialen Lage zieht der Paritätischen Gesamtverband eine „ungenügende“ und insgesamt „alarmierende“ Gesamtbilanz: Die wachsende Ungleichheit in Deutschland gefährde den sozialen Zusammenhalt. Trotz anhaltend guter Wirtschaftsentwicklung bleibe die Armut auf hohem Niveau, zudem verfestige sich die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung. Der Paritätische fordert deshalb umfassende sozialpolitische Maßnahmen vor allem zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut.

Dazu erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Katja Kipping:



„Das Jahresgutachten des Paritätischen stellt der Sozialpolitik der Bundesregierung erneut ein Armutszeugnis aus, die sehenden Auges den Abriss der sozialen Sicherungssysteme betreibt. Trotz Wirtschaftsboom und Rekordeinnahmen müssen in Deutschland über 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut leben.

Das Jahresgutachten belegt erneut wie wichtig der Schutz vor Armut ist. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Forderung des Paritätischen nach einem sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

Wir wollen Armut und Ausgrenzung beseitigen durch gute Arbeit, einen Mindestlohn von 12 Euro, eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro statt Hartz IV. Zudem braucht es eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen und die mit einer solidarischen Mindestrente von 1050 Euro alle sicher vor Armut schützt sowie eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen.“

Als wir einen Bürgerentscheid über die Bebauung des Neuen Marktes beantragten, konnten wir nicht ahnen, wie unsportlich und undemokratisch ein großer Teil der Bürgerschaft darauf reagieren würde. Im Zuge der ersten Abstimmung entstand eine knappe Mehrheit von 23 zu 22 Stimmen. Die Grünen und auch der Rostocker Bund schlossen sich uns an. Auch der Vertreter der NPD hob seinen Arm für die direkte Beteiligung.

Nun gibt es zwischen den demokratischen Fraktionen die Vereinbarung, dass eine Abstimmung wiederholt wird, sollte die NPD das Zünglein an der Waage sein. Deshalb traten wir in eine reguläre Sitzungspause und es erfolgte schnell die Einigung, man würde erneut abstimmen. Natürlich war von den Gegner\_innen des Bürgerentscheids niemand bereit, sein Verhalten zu ändern. Glücklicherweise war es unserem bis dahin fehlenden Fraktionsmitglied Kristin möglich, während der Pause nachzukommen. Somit errungen wir bei der erneuten Abstimmung eine demokratische Mehrheit unabhängig von der NPD-Stimme. Obwohl es überall auf der Welt parlamentarische Normalität ist, dass Mitglieder zu wichtigen Abstimmungen gerufen werden, empörte sich die CDU derart, dass sie gemeinsam mit der UFR/FDP-Fraktion den Saal verließ. Ein künstlich aufgebauschter Protest, der mit Demokratie nichts zu tun hatte.

Die Bürgerschaftssitzung wurde unterbrochen und eine Woche später fortgesetzt. Inzwischen hatte der Oberbürgermeister Widerspruch gegen die zweite Abstimmung eingelegt. Ein Widerspruch hat stets zur Folge, dass über die Angelegenheit nochmal abgestimmt werden muss. Obwohl es rechtliche Bedenken in Bezug auf die Tragfähigkeit des Widerspruchs gab, wurde der Antrag auf Bürgerentscheid auf die Tagesordnung gesetzt und zum dritten Mal abgestimmt. Die CDU wollte eigentlich einer Vertagung zustimmen, damit die rechtlichen Unklarheiten ausgeräumt werden können. Doch kurz vor Sitzungsbeginn zählten sie die anwesenden Mitglieder und erkannten, der Bürgerentscheid würde abgelehnt werden. Deshalb scheiterte eine Vertagung und es kam zur Beschlussfassung mit entsprechendem Ausgang. Wir halten nach wie vor an der Idee direkter Bürgerbeteiligung fest.

Deshalb prüfen wir jetzt ein Bürgerbegehren und hoffen, ihr unterstützt uns bei der Unterschriftensammlung. Fakt ist, entgegen aller Behauptungen ist die Bebauung niemals verbindlich beschlossen worden. Am Ende sollten die Einwohner\_innen entscheiden, ob sie diese große Baumaßnahme im Herzen der Stadt wünschen oder nicht. Schließlich wird sie das Gesicht des Neuen Marktes für immer verändern.

*Eva-Maria Kröger*

# Bericht vom Landesparteitag

Fortsetzung von S. 1

Die NPD müsse aus dem Landtag fliegen, die AfD solle möglichst klein gehalten werden, forderte Spitzenkandidat Helmut Holter in seiner Rede. Die Auseinandersetzung mit der AfD wird unseren Wahlkampf aber nicht dominieren (sie erfreut sich bereits genug Aufmerksamkeit), schon gar nicht wird es eine Einheitsfront aller demokratischen Parteien geben. Die Wähler sollen aus einem vielfältigen Angebot auswählen können, wobei vor allem DIE LINKE diese Vielfalt repräsentiert, denn die anderen Parteien seien ja in der politischen Mitte zusammengerückt, merkte Helmut Holter an. Wir machen den Unterschied! Und wir sind für alle Menschen da, für Flüchtlinge genauso wie für Einheimische.

Ganz wollen wir aber nicht darauf verzichten, die AfD zu stellen. Schließlich ist sie die schlimmste neoliberale Partei, rief der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, aus. Es war sein erster Auftritt auf einem Landesparteitag der LINKEN. Die AfD gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. Dort wird unsere Partei seiner Meinung nach so schnell nicht landen, denn die sozialen Fragen werden unsere Gesellschaft noch viele Jahrzehnte beschäftigen. Er sei stolz auf die Partei, die sich darum kümmere. Die Umverteilungsfrage sei die Kernfrage der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, hier müsse sich auch die SPD bekennen.

Nach all den Reden sollte die Diskussion über die zahlreichen Änderungsanträge losgehen. Es waren aber so viele Anträge aus der Basis eingegangen, dass die Antragskommission aus Zeitgründen gar nicht erst zusammentrat, sondern ihr Vorsitzender Peter Brill zum ersten Mal ohne die Voten der Kommission durch die Abstimmung führte. So was in der Art hatte die LAG Innerparteiliche Kommunikation ja schon mal gefordert, so dass die Delegierten ohne Handreichung „von oben“ abzustimmen hatten. Von besagter LAG

kamen dann auch mindestens 35 Änderungsanträge zur Abstimmung. Auch die BO Bad Kleinen war sehr fleißig gewesen. Zum Glück hatte der Landesvorstand viele Änderungsanträge schon übernommen, so z.B. von Phillip Bock: „Abschiebungen

sind für alle Beteiligten eine große physische und psychische Belastung. Um dies



Einige Jungdelegierte

zu minimieren, fordern wir als LINKE einen konsequenten Winterabschiebestopp.“

Eine Debatte im eigentlichen Sinne kam kaum zustande. Erstens wurde kein Blödsinn gefordert, der polemische Reaktionen nach sich ziehen konnte. Zweitens waren viele Anträge nur für Fachleute verständlich. Nur über die Notwendigkeit und die Gefahren einer 24-Stunden-Kita wurde

leidenschaftlich gestritten. Hier prallten unvereinbare Haltungen aufeinander, so dass die im Rostocker Kreisvorstand geäußerten Befürchtungen, der Landesparteitag sei das falsche Forum, um das Thema auszu-

diskutieren, ihre Bestätigung fanden. Die jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Jacqueline Bernhardt, kann zwar die Sorgen verstehen, forderte aber dazu auf, den Realitäten ins Auge zu sehen und den vorhandenen Bedarf nach 24-h-Kitas nicht zu ignorieren. Es sei besser, bei der gesetzlichen Regelung der

## Für eine bessere Zukunft 15 Projekte für unser Land

### 1. Demokratie ausbauen

- Wahlalter 16 bei Landtagswahlen
- öffentliche Landtagsausschüsse
- Quoren für Volksbegehren und -entscheide absenken
- Petitionsrecht erweitern
- mehr Mitbestimmung bei Gesetzesvorhaben



Bei der Schlussabstimmung über das Wahlprogramm (hier die Ja-Stimmen)

Arbeitszeit anzusetzen, um die Notwendigkeit einer Nachtbetreuung von Kindern zu verringern. Solange dies nicht geschehen sei, könne man doch aber den im Schichtdienst tätigen Eltern nicht einfach das Angebot verweigern. Christiane Mül-

ler, linke Bürgermeisterin von Dierhagen, sorgt sich um das Kindeswohl und würde es lieber sehen, wenn Unternehmen familienfreundliche Arbeitszeiten anbieten, anstatt dass die Jobcenter die Möglichkeit erhielten, junge Mütter in familienunfreundliche Arbeit zu zwingen. Da hielt es Angelika Gramkow nicht länger auf ihrem Stuhl. Sie lud ihre Kollegin ein, in Schwerin den Erfolg der 24-h-Kitas zu bestaunen.

Es wurde deutlich, dass das Thema vor dem Parteitag nicht ausreichend im Landesverband diskutiert worden war. Dann hätte sich nämlich schnell offenbart, dass es hier keinen Konsens unter den Genoss\*innen gibt. Letztlich fand der Rostocker Kompromissvorschlag eine sehr große Mehrheit, in dem es heißt: „Wir wollen das Kindertagesförderungsgesetz (Kifög) neu gestalten, damit auch in den Rand- und Nachtzeiten eine kindgerechte Betreuung der Kleinsten möglich ist. Eine Betreuung muss den Bedarf entsprechend für Eltern in Schichtdiensten ermöglicht werden.“ Diese Formulierung macht die 24-h-Kita nicht unmöglich, fordert sie aber auch nicht explizit, sondern macht andere Betreuungsangebote in den Nachtzeiten möglich. Der Berichterstatter der OZ irrt also, wenn er schreibt, dass Jacqueline Bernhardt die Mehrheit der Delegierten für sich und die 24-h-Kita gewinnen konnte. Im Programm steht davon nichts.

Zum Abschnitt über das Thema Kultur gab es einen ausführlichen Ersetzungsantrag von Torsten Koplín und Wolfgang Bohnstedt, der unser Engagement für den Erhalt kultureller Vielfalt in M-V noch deutlicher hervorhob. Der Antrag fand eine Mehrheit, was bei Ersetzungsanträgen nur selten passiert und in diesem Fall wohl auch der Anerkennung für den Sachverstand der Antragsteller geschuldet war.

Das Ergebnis des Parteitages, unser Wahlprogramm, ist mit 49 Seiten sehr ausführlich geraten. Es liest sich wie ein Regierungsprogramm, das angesichts der Vielzahl an neuen Vorschlägen die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit provoziert. Wird uns das nicht auf die Füße fallen, denken manche, wenn wir in die Regierung eintreten und nur einen Bruchteil umsetzen können? Wahlprogramme sind nun mal keine Regierungsprogramme. Würden Parteien im Wahlkampf nur das fordern, was sie anschließend in einer Koalition durchsetzen können, bekämen die Wähler im Wahlkampf nur wenig Auswahl präsentiert. Außerdem weiß man ja vor der Wahl nicht, welche Punkte durchgesetzt werden können. Also fordert man im Wahlkampf das, wovon man überzeugt ist.

Fortsetzung auf S. 4

# Bericht vom Landesparteitag

Fortsetzung von S. 3

Schon im Vorfeld des Parteitages wurde die Sprache des Wahlprogramms als zu technokratisch kritisiert. Viele Passagen muss man 2-3 Mal lesen, um sie zu verstehen. Hier werden die zahlreichen Interessengruppen im Land angesprochen, vom Studenten bis zum Bauern. Die werden es schon verstehen. Es wird aber ein Kurzwahlprogramm geben, sowie 15 Zukunftsprojekte, eines für jede Woche bis zum Wahltermin. Dabei gehen wir transparent mit den entstehenden Kosten um. Die Frage nach der Finanzierbarkeit lässt sich mit einem Hinweis auf die Haushaltsüberschüsse beantworten. Hierzu formuliert unsere Partei: „All unsere politischen Vorhaben und Zielsetzungen kosten natürlich Geld. Alles in allem rund

290 Millionen Euro inklusive einmaliger Investitionskosten. Zugegeben, das ist eine große Summe an Geld. Das Gute ist, dass



dieses Geld in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden ist: Allein im letzten Jahr gab

das Land deutlich weniger Geld aus, als es einnahm und erzielte einen Überschuss von 220 Millionen Euro. Durch kluge Umverteilung und Prioritätensetzung innerhalb der Ministerien sind all unsere Vorhaben ohne die Aufnahme von neuen Schulden problemlos zu finanzieren. Man muss es also nur wollen!“

Während des Parteitages wurden auch die ausscheidenden Mitglieder des Landtages verabschiedet, darunter Regine Lück und Fritz Tack (siehe links). Beiden sei auch an dieser Stelle für ihre langjährige Tätigkeit im Landtag gedankt.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: Nico Burmeister; [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)

## „Ende Gelände“ - Klimaaktivisten blockieren die Kohlegrube in der Lausitz

Vom 13.-15. Mai trafen sich ca. 4000 Menschen aus verschiedensten Ländern im kleinen Örtchen Proschim. Hier befindet sich das von Vattenfall betriebene Lausitzer Braunkohlerevier - der Grund für das „größte Klimacamp aller Zeiten“ (Medienberichte).



Ziel der Zusammenkunft der Klima-Aktivisten war die Unterbrechung der Kohlezufuhr zum Kraftwerk Schwarze Pumpe und dem Tagebau Welzow Süd.

Bereits am Freitag starteten mehrere Gruppen in Richtung Tagebau und schnitten das Kraftwerk durch Schienenblockaden von der Kohle ab. Der Tagebau Welzow wurde besetzt. Samstagmorgen kamen weitere Gruppen zu Fuß, in Bussen oder auf Fahrrädern und errichteten weitere Blockaden auf den Schienen. Insgesamt wurde das Kraftwerk 48 Stunden von der Kohlezufuhr abgeschnitten und musste seine Leistung auf 20% drosseln. Für die Aktivistinnen und Aktivisten war klar: Ende Gelände 2016 war ein großer Erfolg für die Klimabewegung, nicht nur aufgrund der unglaublich zahlreichen aktionsbereiten Menschen, sondern auch aufgrund der erreichten Drosselung des Kraftwerks und

der kompletten Stilllegung der Kohleförderung für mehrere Tage.

Hinter der griffigen Bezeichnung „Ende Gelände“ steht die Forderung nach sofortigem Stopp des Kohleabbaus. In langfristiger Perspektive ist das Ziel der endgültige Kohleausstieg und die Vergesellschaftung nachhaltiger Energieversorgung.

Aus Sicht der AktivistInnen verschärft der Prozess der globalen Klimaänderung Konflikte um überlebenswichtige, sich verknappende Schlüsselressourcen wie Wasser, Land, Ernährung und Energie. Vor allem im globalen Süden häufen sich schon heute Katastrophen wie Dürren oder Überschwemmungen und treffen die am meisten Marginalisierten besonders stark. Während Energiekonzerne wie RWE und Vattenfall jahrzehntelang Milliardenprofite machten, leiden die Menschen in den Tagebaugebieten unter Gesundheitsschäden, Umsiedlungen und der Abbaggerung ihrer Dörfer.

Eigentlich war ich auf dem Weg nach Tschechien zum diesjährigen Pfingstcamp der Linksjugend Sachsen. Da ich aber wusste, dass Freunde von mir auf dem Klimacamp in Proschim sind, habe ich dort einen Halt eingelegt um mir selbst ein Bild zu machen.

Ich finde es immer wieder erstaunlich, welche Selbstorganisierungskraft politische Menschen an den Tag legen. Von morgens

bis abends wurde für Versorgung mit Essen, Informationen und notwendigen Utensilien gesorgt. An vielen Stellen befanden sich Komposttoiletten und Trinkwasserhähne. Eine warme Mahlzeit am Tag wurde durch freiwillige Kochgruppen gewährleistet. Den Abwasch des Geschirrs übernahmen alle. Regelmäßig fanden Gesprächskreise statt um die Aktionen zu koordinieren und vorzubereiten.

Es funktionierte gut und die Menschen konzentrierten sich auf das Wichtigste, achteten aufeinander und gingen solidarisch miteinander um.

Erfahrungen dieser Selbstorganisation haben Phänomene wie „Rostock hilft“ möglich gemacht.

Ich habe mich sehr gefreut auch Zelte unserer Partei dort zu sehen. Beim Besuch eines Zeltes von Solid entdeckte ich eine Gruppe junger Frauen, die Liedtexte für die Aktion im Kohleabbau einübten.

Meine Freunde habe ich nicht getroffen, die waren schon auf dem Weg zum Kohlekraftwerk.

Ob jüngst beim G7-Gipfel in Elmau oder beim Klimagipfel Ende letzten Jahres in Paris: Überall inszeniert sich die Bundesregierung als Klimaretterin. Und trotzdem verpasst Deutschland die sowie so unzureichenden CO2-Einsparziele. Den Klimaaktivisten ist längst klar: Um den Klimawandel müssen wir uns selber kümmern und sagen deshalb „Ende Gelände!“  
Katharina Schlaack



# Rostocks LINKE Direktkandidat\*innen

In dieser und der nächsten KLARTEXT-Ausgabe wollen wir Euch die Rostocker Direktkandidat\*innen für den Landtagswahlkampf vorstellen. Den Anfang macht Eva-Maria Kröger.

Am schönsten ist es, Kommunalpolitik zu machen. Ich glaube, für mich persönlich wird es immer so sein. Seit 7 Jahren bin ich Mitglied der Bürgerschaft und inzwischen weiß ich, wo es kneift und drückt. Rostock wächst und muss sich neuen



Die Direktkandidat\*innen: Phillip Bock, Karsten Kolbe, Dr. Hikmat Al-Sabty, Eva-Maria Kröger

Herausforderungen stellen. Neben vielen anderen wichtigen Dingen brauchen wir bezahlbaren Wohnraum - für junge Menschen und für die wachsende Gruppe älterer Bürger\_innen. Dabei geht es nicht nur darum, neue Häuser zu bauen oder Straßenzüge zu verdichten. Ich sehe Chancen in Wohnprojekten und gemeinschaftlichen Quartieren, die die Funktionen Wohnen, Arbeiten und soziale Hilfen vereinen. Eine neu ausgerichtete Wohnungsbaupolitik ist auch deshalb dringend erforderlich, weil



immer mehr Menschen von Armut im Alter betroffen sind. In den nächsten 10-15 Jahren wird eine ganze Generation prekär beschäftigter Menschen in die Rente gehen. Sie werden finanzielle Hilfen benötigen, bezahlbaren, altersgerechten Wohnraum und eine gute Pflege, damit sie ihren Lebensabend in Würde verbringen können. Unsere Kommunen und Gemeinden brauchen Unterstützung und langfristige Lösungen, damit wir die ältere Generation auffangen können. Allein Rostock benötigt bis 2020 weitere 7.000 Wohnungen. Ohne den Sozialen Wohnungsbau wird es nicht gehen. Jedoch sollte man innovative Projekte entwickeln, statt lediglich auf Förderung am Bau zu setzen. Schlafsiedlungen sind keine Lösung in Anbetracht der wachsenden sozialen Herausforderungen.

Wir brauchen städtebaulich hochwertige Quartiere, die ein Zusammenleben sowie Teilhabe ermöglichen: Wohnen, Kinderbetreuung, Gemeinschaftsräume. Wenn unsere Stadt sich als Lebensraum für alle entwickeln soll, unabhängig davon wie dick der eigene Geldbeutel ist, brauchen wir die Unterstützung des Landes. Hier möchte ich mich einbringen, hier möchte ich die Arbeit unserer Fraktion unterstützen.

Dazu gehört natürlich ein lebendiges kulturelles Leben. Der katastro-

phale Umgang mit unserem Volkstheater muss ein Ende haben! Die Kunst und die KünstlerInnen sollen wieder im Mittelpunkt stehen. Damit dies gelingt, darf Matthias Brodkorb den Wahlkreis nicht noch einmal gewinnen. Ich möchte mit den Wähler\_innen über seine verkorkste Landesreform der Theater und Orchester sprechen. Es ist doch der Treppenwitz der Geschichte: Seit 1994 wurden die Zuschüsse für die Theater nicht erhöht, stattdessen haben die Häuser internen Verzehr betrieben, Stellen abgebaut, Einsparungen vorgenommen und dadurch eine Weiterentwicklung ihrer Angebote in den Hintergrund gestellt. Und jetzt, da die Häuser straucheln und kämpfen, kommt diese Landesregierung um die Ecke und meint, es müsse mal etwas passieren, man müsste sich mal „zukunftssicher“ aufstellen. Statt eine Kulturdebatte zu führen, hieß der bisherige Weg nur: Weniger Theater, um mehr Geld für eine neue Hülle zu haben. Was für ein Irrsinn! Bitte unterstützt mich, damit wir einen Kurswechsel schaffen!



## Rotfeder und die kulturlosen Schwachköpfe

Ich wollte wieder einmal in meinem wässrigen Medium elbaufwärts schwimmen, weil dort von Magdeburg aus Wellen über das ganze Land zu erwarten waren. Aber was von dort zu mir schwappte, ließ mir die Galle hochkommen. Galle mit zwei „I“ geschrieben, so wie die kulturlosen Schwachköpfe „Gallionsfigur“ falsch geschrieben haben in ihrem Bekennerflugblatt nach dem kindischen Tortenwurf auf Sahra Wagenknecht. Aber nicht nur Rechtschreibung können diese selbsternannten superlinken Superantifaschisten nicht. Sie können auch nicht argumentieren. Und sie haben das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Sahra Wagenknecht hat die volle Unterstützung

ihrer Genossinnen und Genossen erhalten. Das ist überhaupt das Problem der angeblich linken Wirtköpfe: Ihre Aktionen gehen meist nach hinten los.

Links zu sein heißt für mich, die beste, die modernste Politik mit den menschlichsten Zielen und den kulturvollsten Mitteln zu betreiben. Die Behauptung links zu sein ist keine Entschuldigung für Dummheit und Geschmacklosigkeit.

Ich habe es satt, dass vermeintlich Linke unerbittlich gegen Linke kämpfen statt gemeinsam gegen neoliberale Eliten und nationalistische Verführer.

Ich habe es satt, dass sich links gebende Vandalen Wände beschmierem, Torten auf unsere Spitzenkräfte werden und Krawalle

anzetteln.

Ich habe es satt, dass der Eindruck gefördert wird, die Methoden der radikalen Rechten und der radikalen Linken würden sich kaum unterscheiden.

Linke sind für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Das erfordert auch in den Mitteln friedliche Methoden und die besten Argumente.

Das meint eure Rotfeder



# Dr. Joachim Bischoff zu Gast in Evershagen

Am 28.04.2016 lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Evershagen zu einem Vortrag mit dem Thema „Finanzmarktkapitalismus im 21. Jahrhundert“ ein.



Die kontinuierliche und konsequente Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist wesentlicher Bestandteil jeglichen politischen Handelns linksdenkender Menschen. Umso mehr, da das kapitalistische System ständig revoltiert und sich ändert, wie Dr. Bischoff schon einleitend feststellte. Nun war es an ihm den gespannten Zuhörerenden darzulegen, wie diese aktuelle Spielart des Kapitalismus funktioniert, welche Verwerfungen sie mit sich bringt und auch, welche linken Lösungsansätze

lenländern und vor allem in China noch reales Wirtschaftswachstum.

Einen radikalen Einschnitt, der in seiner Bedeutung nur mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre vergleichbar sei, stellt die Finanzkrise des Jahres 2007 dar. Seitdem sind die Wachstumswahlen massiv geschrumpft und die Krisenpolitik der Länder und der Zentralbanken können eher als „Alchimie“, denn als planvolles Krisenmanagement bezeichnet werden. Auch wenn die Finanzkrise in den letzten Jahren aus dem Fokus gerückt ist, stecken wir

immer noch mittendrin und auch viele der aktuell dominanten Themen werden zumindest mittelbar durch diese Krise des Kapitalismus beeinflusst.

Diese Krise liegt vor allem in der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen der „Realwirtschaft“, also den tatsächlichen Produkten und Dienstleistungen und dem überproportional aufgeblähten Finanzsektor, dessen Volumen die Realwirtschaft mittlerweile um das Dreifache übersteigt. Diese Entwicklung setzte in den 70er Jahren mit der beginnenden Neoliberalisierung und der Deregulierung des Bankensektors ein. Waren 1980 Real- und Finanzwirtschaft noch in etwa gleich auf, konnte sich innerhalb weniger Jahre dieses

krasse Missverhältnis aufbauen, das wir aktuell haben.

Dieses System sei zum einen in seinen mannigfaltigen Facetten selbst für Kapitalisten kaum noch zuverlässig beherrschbar oder auch nur vorhersehbar und obendrein hochgradig krisenanfällig. Dieser Krisenfall trat im Jahre 2007 dann auch ein.

Für linke Argumentation wichtig ist Dr. Bischoffs Ausführung, dass entgegen der oft im Raum stehenden Behauptung der überbordenden öffentlichen Verschuldung, die oft als Hauptauslöser der Krise benannt wird, andere Faktoren viel wesentlicher seien. Als Konsequenz dieses Missverhältnisses, benannte Dr. Bischoff vier wesentliche Punkte, die in der aktuellen Lage

nur allzu vertraut erscheinen: Die Vertiefung der sozialen Spaltung, die Tatsache, dass die unteren Schichten sich aus der politischen Willensbildung verabschiedet haben, ein massives Bremsen des Wirtschaftswachstums, sowie die Bildung des Nährbodens für Rechtspopulismus. Ein weiterer, derzeit spürbarer Effekt ist die Entwertung von Sparguthaben, Riesterrenten oder ähnlichen Anlagen, vor allem der kleinen Leute, als Folge der Leitzinspolitik



der Europäischen Zentralbank. Am anderen Ende des sozialen Spektrums werden zeitgleich die Reichen immer reicher. Ihn der Mitte sinkt derweil der gewerkschaftliche Organisationsgrad.

Genau in diesen Punkten wird deutlich, wie das vermeintlich abstrakte Thema Finanzmarktkapitalismus in die Lebenswirklichkeit der Einzelnen hineinregiert. Die Frage, die sich also stelle, ist: Wie kann man diese Entwicklung stoppen?

Dr. Bischoff ist hier kein Pessimist. Die Krise sei schwer, aber zu bewältigen. Allerdings nicht, indem man zu einer „nationalen“ Wirtschaft zurückkehrt. Dieser Weg ist in einer globalisierten Welt schlicht nicht gangbar. Die Lösung müsse mindestens europäisch sein, und das Krisenmanagement den Status der Alchimie verlassen. Die europäische Bankenlandschaft ist hochmarode und de facto Konkurs gefährdet. Ein Weg könne die „geordnete Katastrophe“ sein, die diesen Sektor bereinigt. Aber das sei gar nicht nötig. Mit dem politischen Willen, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, einer Erhöhung von Löhnen, Renten und Sozialleistung, einem wirksamen Steuervollzugssystem, sowie einem gerechten Steuersystem könnte es gelingen, das Kartenhaus Bankensystem nicht nur zu stützen, sondern wirklich auf solide Füße zu stellen. Dann aber zu Lasten der Reichen und nicht auf Kosten der Sparer wie es derzeit der Fall ist.

Es gibt also eine echte linke Alternative zur vermeintlich alternativlosen Krisenpolitik der Bundesregierung.

*Christian Albrecht*



sich bieten.

Wir möchten an dieser Stelle Herrn Dr. Bischoff unseren Dank aussprechen, da er es geschafft hat ein vermeintlich sprödes, hochtheoretisches und zahlenlastiges Thema plastisch und nachvollziehbar aufzubereiten und wir würden uns freuen ihn in Zukunft zu weiterführenden Veranstaltungen wieder begrüßen zu dürfen.

In einem kurzen Einstieg zeichnete Dr. Bischoff die Entwicklung des Kapitalismus und einiger ausgewählter Kennziffern seit dem Ersten Weltkrieg nach. Dabei wurde deutlich, dass das globale Wachstum mittlerweile stagniert. Während die großen Industrienationen unter dem Durchschnitt lägen, gäbe es lediglich in einigen Schwel-

# KulturOffen

**Die landesweite Aktion „Kunst offen“ des Tourismusverbandes MV lockte zu Pfingsten wieder mehrere tausend Menschen in die Region. Auch in und um Rostock war eine Menge los. Das war erneut eine gute Möglichkeit für einen Einblick in die Künstlerszene, in offene Ateliers und Kunstwerkstätten.**

Pfingsten lockten nicht nur die gelben Rapsfelder zu einem Ausflug. Auch die Kunst lockt an diesem verlängerten Wochenende mit gelben Schirmen. Künstlerinnen und Künstler in Mecklenburg-Vorpommern öffneten ihre Ateliers, Werkstätten und Galerien. Seit 1994 die Aktion KunstOffen zum ersten Mal stattfand, ist sie ständig gewachsen. Inzwischen beteiligen sich mehr als 800 Künstler unterschiedlichster Bedeutung an über 500 Orten. Von Malerei bis Fotografie, von Textilem bis zur Plastik, von der Keramik bis zum Schmuck reichte das Angebot von KunstOffen wieder. Nicht alles davon ist ganz große Kunst, denn der Tourismusverbandes MV hat KunstOffen immer auch für Hobbykünstler und Kunsthandwerker gedacht.

Die Idee kommt aus Schweden und ist im Land der Elche seit über 30 Jahren sehr beliebt. Die Konstveckan (Kunstwoche) zu Ostern ist dort mittlerweile ein echter Straßenfeger.

Im Gegensatz dazu hat der Künstlerbund

schon seit Jahren eine eigene Veranstaltungsreihe „Kunst heute“ im September, die einer Bewerbung und Akkreditierung bedarf. Da will man sich beim Künstlerbund bewusst von der Veranstaltung der regionalen Tourismusverbände bzw. Landkreise abheben. Wo Kunst draufsteht, soll hier auch Kunst drin sein.

Aber KunstOffen ist von der Teilnehmer- und der Besucherzahl die landesweit größte Veranstaltung. Für den Tourismusverband zählen die Identitätsstiftung und die Außenwirkung. Es ist natürlich unmöglich, in diesem Artikel allen Teilnehmern an der Aktion gerecht zu werden oder sie auch nur zu nennen. Deshalb beschränke ich mich auf zwei unterschiedliche Beispiele.

Vor der Kunstmühle in Schwaan hat ein gelber Schirm Besucher angelockt, obwohl eigentlich immer wieder ein Besuch lohnt. Wieder sind einige Bilder in der ständigen Ausstellung neu. Als Sonderausstellung waren Bilder von Malerinnen und von dem Besitzer der Blauen Scheune auf Hidden-see zu sehen. Das Atelier in der obersten Etage war für KunstOffen geöffnet. Dort stellten Birgit Vogt, Britta Fuchs und Helmut Langner aus. Besonders auffällig waren Darstellungen von extrem vergrößerten Wassertropfen, in denen die ganze Welt sichtbar wird. Viele Besucher nutzten diese Angebote.

In einer reizvollen Landschaft in der Nähe

von Tessin liegt der kleine Ort Zarnewan. Dort lud ein gelber Schirm in das Atelier der Malerin Britta Naumann ein. In ihren Bildern wird eine selten gewordene Haltung deutlich: Mut und Konsequenz. Ihre kraftvoll farbigen Bilder sind stark abstrahiert, aber sie haben fast alle erkennbare Objekte. Der eigenständige Malstil ist geprägt von der kreativen Verwendung ganz unterschiedlicher Materialien. Gleichberechtigt gesellen sich zu den konventionellen Farben in ihren Bildern Fundstücke, Steine, Rinde, Ruß, Salz, Kaffee und viel Sand aus verschiedenen Regionen der Welt, vor allem aber von der Ostsee. Die Wirkung ist überraschend. Ohne auf hergebrachte Weise zu illustrieren komprimieren die Bilder ihr Lebensgefühl und ihr Verantwortungsbewusstsein für unsere einzigartige Erde. Sie schreibt in ihrem Katalog dazu: „Ich erinnere mich einer fest im Boden verwurzelten Sprache, die fast vergessen war ... Ästhetisierung des Materials... wenn Dinge u.v.a. Materialien zur Kunst erhoben werden, wenn es sich nicht um Chemie oder elektronische Bauteile handelt (Computerkunst) ist es ein Zeichen von starker Bindung des Machers, der Macherin zur Materie, zur Erde, zur Natur und er handelt aufgrund des Wissens um den Zustand derselben.“

Wolfgang Bergt

## Eröffnung des neuen Stadtteil- und Begegnungszentrums in Dierkow

Zur feierlichen Eröffnung des neuen Stadtteil- und Begegnungszentrums im Rostocker Stadtteil Dierkow waren viele gekommen. Natürlich war auch DIE LINKE dabei! Die Landtagsabgeordnete Regine Lück, Senator Steffen Bockhahn, Kreisvorsitzende Eva-Maria Kröger, Bürgerschaftsmitglied Ellen Fiedelmeier sowie die Landtagskandidaten Karsten Kolbe und Phillip Bock gratulieren herzlich und wünschten für die Zukunft gutes Gelingen!



## Demo für bessere Arbeitsbedingungen im Pflegebereich in Rostock

In Rostock unterstützte heute am Tag der Pflege DIE LINKE die Demo für bessere Arbeitsbedingungen im Pflegebereich. Ver.di hatte zur Kundgebung auf dem Universitätsplatz aufgerufen. Der Grund: Schichtdienste, Überstunden, Zeitdruck - in der Pflege müssen die Arbeitsbedingungen dringend besser werden! Wir stehen solidarisch an der Seite der Pflegekräfte.



Hikmat Al-Sabty, Regine Lück, Elke Friedl, Liv Peter mit Pablo



Kreisvorsitzende

# Das Münster von Bad Doberan

Leiw Läser,  
ick mücht nu de Vörstellung von bekann-  
te und beleiwte Urte in Meckelnborg-  
Vörpommern mit Bad Doberan förtsetten.  
Dortau heff ick mi de Genehmigung von  
mienen Plattdütschen Verein e.V. „Klön-  
sack-Rostocker 7“ halt, dat ick dissen all in  
dat „Maandenblatt“ veröffentlichten Text  
ok hier verwen´n dörf. Vål Vergnügen  
also ok hier, wünscht  
*Kurt Kaiser*

För denn Meckelnbörger is Doberan ein  
Begriff för sick, un wer all ´mal dor wäst  
is, ward denn Urt nich vergäten. Doberan  
is urolt. Sien Geschichte hett sien Anfäng ´  
siet de düütsche Kolonisation in ´n Mittel-  
öller. Hier verbrennte de Obotritenfürst Pri-  
bislav nah sienen Oewertritt taun Christen-  
tum de Götterbillen von siene Vörföhren,  
un hier wūr, tau ´n Arger för de Wenden,  
ein Kloster upbugt. Oewer de nu entstanne  
Gegensatz twischen Ollet un Nieget föhrte  
tau Mord un Dotschlag: Dat wilde Wenden-  
volk von Liutizien un von Circipan wūr re-  
bellisch, as de Striet twischen Kaiser Bar-  
barossa un Heinrich denn Löwen de Düüt-  
schen schwach makte. Ehren bit dorhen  
mit Mäh tröchhollenen heidnischen Grull  
gegen de inwannerte christliche Geistlich-  
keit, makten nu de Slawen dörch Mord un  
Brandstiftung Luft.

Johre vergängen, bit Fürst Borwin dat Klo-  
ster werrer upbugte. Denn oewer wūr de  
Mönche mächtige Herren, un in ´n Loop  
von de Johrhunnerte wūr ehre Landbe-  
sitze ümmer stärker. As denn de Reforma-  
tion kehm, de taufolge dat Klosterläwen  
utlöschte, versackte Doberan in Bedüh-  
dungslosigkeit, obwohl dor tiedwies de Sitz  
von Hertöge wier.

Ierst 1793 entdeckte de läbenslustige  
Hertog Friedrich Franz I. denn  
Urt Doberan werrer, un weckte  
em ut sienen Durnröschens-  
lap. He gründt in Heiligendamm  
Düütschlands ierstes Seebad. Nu  
entstün ´schöne Fachwarkhüser.  
De klassizistischen Hüser geewen  
Bad Doberan sien architektoni-  
schet Gepräg´. As 1822 de Gro-  
therzog denn noch an de schöne  
Allee nah Heiligendamm de ierste  
Rennbahn Düütschlands inweihte,  
reet de Taustrom von Frömde  
nich af. **1879 kreech Bad Do-  
beran endlich dat Stadtrecht.**

Ein Lüttbahnverbindung nah Hei-  
ligendamm un später nah Brunshaupten  
und Arendsee (Kühlungsborn) makte Do-  
beran taun „Sprungbrett“ an de Ostsee  
un ehren schönen Strand. Oewer wer an  
Doberan denkt und doroewer spräkt ward  
bestimmt nich dat Münster vergäten! Dat  
gehürt nämlich tau de interessantesten un

am meisten besöchten Buwarke Mecklen-  
borg-Vörpommerns. De Frün oller Archi-  
tektur mögen de nurdüütsche Backstein-  
gotik, de man kuum noch woanners so  
finden kann. Spurensäuker von  
uns europäisch Geschichte finden  
hier eine ganze Reihg wichtige  
Grawmahle un jene Besäuker,  
de Musik mögen, eine einmalige  
Akustik.

De Geschichte von dat Münster  
is eng mit dat Entstahn von  
Meckelnborg verbunnen. Tau de  
Platzwahl gifft dat ein Legende:  
Fürst Heinrich Borwin wull denn  
Taufall orer denn Willen högerer  
Mächte oewer denn Urt för ein  
nieget Kloster entscheiden laten,  
nahdem dat ierste in Althof von  
upständige Sklaven 1179 zerstört wūr.  
Dor, wo de Fürst bi de Jagd denn iersten  
Hirsch scheiten wūr, süll de Bu entstan.  
Ein prächtig Hirsch kehm un wūr tau  
Streck bröcht. Weil de Grund an disse  
Stell morastig wier, twiefelte dat fürstliche  
Gefolge noch an dissen „Schicksalswink“.  
Oewer in dissen Moment flög ein Schwan  
hoch un röp: „Dobr, Dobr“, wat dat slawi-  
sche „Gut, Gut“ bedüht. Dit „himmlische  
Teiken“ genügte, un de Bu künn beginn´.  
Dat duerte oewer 70 Johr, bit dat Münster  
farig wier. Grund dorför wier nich Geld-  
orer Materialknappheit, sonnern ein Striet.  
De slawischen Mönche, in deren Heimat  
sik dat Kloster befün, stellten sik gegen  
de inwanderten sächsischen Mönche.  
Giftmurde, Uteinannersetzungen, Brand  
un sogor de ierste Hexenverbrennung in  
Meckelnborg wieren de wenigen christli-  
chen Mittel bi disse Strieterie. 1368 künn  
dat Doberaner Münster endlich inweiht  
warden.



De Ordensregel schreew ok einen beschei-  
denen „Dachreiter“ anstād ein ´ wiet sicht-  
boren hogen Turm vör.  
Nu kieken wi mal rin in de Kark, un genei-  
ten ierst mal ehren erhabenen Gesamtin-  
druck:  
Wat för oewerschlanke Pieler, wat för

herrliche Finster! Un wat för schöne Stük-  
ke von de olle Utstattung, Hochaltar un  
Krüzaltar, Sakramentshus, Gestäuhl un  
Marienfigur.



De „Lettner-orer Laienaltar“ mitten in ´  
Karkenschipp, de de gewöhnlichen  
Starblichen von de geweihten Bräuder af-  
schirmte, stammt ut de tweede Hälfte det  
14. Johrhunnert.

Uns oewerrascht dat metallische Gräun  
der Akanthusbläder, de dat grote Krüz in-  
rahmen. Dormit süll de Indruck von läwen-  
den Bläder orer wiertvulle Goldscmittar-  
beit vermittelt ward.

De Kark wūr all in Mittelöller von nurd-  
europäische Fürsten as Grawstäd nutzt.  
Hier sünd väle mecklenborgsche Fürsten  
bisett, un dat gifft ok väle Grawdenkmale  
von Äbten un einheimische Adelsfamilien.  
Berühmt worden is de Kark ok dörch mank  
seltsame Inschriwten, de sik dor fin´n.  
Dor is in de Bülowsche Grawkapell tau lä-  
sen:

>> Wieck, Düwel, wieck, wieck, Wieck wiet  
von my,

Ick scheer mi nig een Hohr üm dy,  
Ick bünn een Mecklenbörgsch Edel-  
mann,

Wat geit dy Düwel mien Supen an?

Ick sup mit mienn Herrn Jesu Christ,

Wenn du Düwel ewig dösten müßt,

Un drink mit em söet Kolleschal,

Wenn du sitzt in de Höllenqual,

Drüm rahd ´ick: wieck, loop, ronn und  
gah

Efft by dem Düwel ick tau schlah. <<

Ein ´ Koch ut dat Kloster kreech disse  
Spruch:

>> Hier rauhet Peter Klahr,

hei kakte selten gar,

dortau ganz unflätig.

Gott si siene Seel gnädig. <<

Quellen: 1. Wolf Karge „Illustrierte Ge-  
schichte Mecklenburg-Vorpommerns“ Hin-  
storff:

2. K. Kaiser: Persönliches Archiv; Zeit-  
schrift aus dem Jahre 1930



# Tag der Befreiung

Der 8. Mai wird in Mecklenburg-Vorpommern als offizieller Gedenk- und Trauertag begangen. Gut so! In Rostock kamen auf dem Puschkinplatz etwa 100 Menschen zusammen, um der gefallenen Sowjetsoldaten zu gedenken. Auf jedem Grabstein lag am Ende mindestens eine Blume – ein beeindruckendes Bild. Im Anschluss wurde am OdF-Ehrenmal im Rosengarten an die Einweihung des Denkmals vor 70 Jahren gedacht.



Im Kreisverband Landkreis Rostock fanden drei Veranstaltungen anlässlich des Tages der Befreiung statt. Am Samstag, den 07. Mai versammelten sich Vertreter der LINKEN, von VVN-BdA, RotFuchs, ISOR und GBM am Ehrenmal auf dem Sowjeti-

schen Ehrenfriedhof. Zu den Anwesenden sprachen Karen Larisch, LINKE Direktkandidatin WK 16 für die Landtagswahl und Daria Zubareva, II. Sekretär der Botschaft der Russischen Föderation.



Für Sonntag, den 08. Mai lud der Bürgermeister von Lalendorf, Herr Reinhard Knaack, traditionell an das Ehrenmal des Sowjetischen Panzers ein. Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Amtsbereich. Auf Einladung des Bad Doberaner Aktionsbündnisses „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ nahmen Einwohnerinnen und Einwohner aus Bad Doberan und Umgebung am ehrenden Gedenken am Ehrenmal im Bachgarten teil. Die Festrede hielt Susanne Krone, Direktkandidatin der LINKEN für den Wahlkreis 11 zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.



Am gleichen Tag zeigten viele Linke (siehe unten) in Demmin Präsenz gegen den traditionellen Umzug der Nazis, die von einem Großaufgebot der Polizei umsorgt wurden.



## Heraus zum Ersten Mai in Bad Doberan



Die Mitglieder des Bad Doberaner Aktionsbündnisses „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ luden am 1. Mai zu einem Familienvormittag mit Sport, Spiel und Unterhaltung ein. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten stand

die Unterstützung und finanzielle Hilfe für die Tafel Bad Doberan e.V. Auf dem Gelände rings um das „Kornhaus“ waren ein buntes Kinderprogramm, eine Springburg sowie der „Feuerwehrverein Bad Doberan e.V.“ mit einem Traditionsfahrzeug, aber auch interessante Informationsstände der Aktionsbündnismitglieder dabei.

Der Familienvormittag wurde durch den Spielmannszug der FFW Neubukow und den Bürgermeister der

Stadt Bad Doberan, Herrn Thorsten Semrau, dieser sprach von dem Grundgedanken des 1. Mai, eröffnet.

Anziehungspunkt war in diesem Jahr die

Zuckerwatte an unserem Stand. (Vielen Dank an Nico Arndt für die Organisation und „Zuckerwattenbetreuung“) Unsere Direktkandidaten für den Wahlkreis Region Bad Doberan Susanne Krone und Peter Georgi für Rostock-Land stellten sich gemeinsam vor und standen für interessante Gespräche zur Verfügung. Es war also schon ein erstes Aufwärmen für den Wahlkampf im September. Das Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ wurde 1997 ins Leben gerufen und ist ein loser Verbund von Verbänden, Vereinen, Organisationen und Parteien, u.a. SPD, Bad Doberaner Arbeitslosentreff, Volkssolidarität e.V. und DIE LINKE, der überparteilich agiert und offen ist für die Zusammenarbeit mit Institutionen und Politikern des Kreises.

*Christian Teske*

# Kuba 57 Jahre nach der siegreichen Revolution III

Als ich im Teil 2 von sechs kubanischen Fernsehprogrammen schrieb, hatte ich die beiden Bildungsprogramme vergessen, die auch mehr als 12 Stunden am Tag Beiträge senden.

Diesmal will ich erste Beispiele zu den Veränderungen auf Kuba seit 1993 nennen, als wir zum ersten Mal als Familie Kuba bereisten. Wir wohnten anfangs im Hotel Colina, in Habana Vedado an der 27. Straße zwischen der Straße L und Jovellar, dicht am weiträumigen Universitätsgelände, auch nicht weit vom Platz der Revolution entfernt, in der Nähe der 23., der bekannten „La Rampa“, (ansteigende Straße), die die ebenso bekannten wie schönen Avenidas „de los Presidentes“ und „Paseo“ kreuzt, dicht an Habana Centro.

Unsere Besuche in Kuba 1993, 2000, 2010 und mein Besuch 2015/16 ließen mich sehr gut die Entwicklung Kubas nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Staatengemeinschaft erkennen. Das Jahr 1993 war für Kuba der wirtschaftliche Tiefpunkt. 80% des Außenhandels war weggebrochen. Elektrischen Strom gab es außerhalb der Hotels nur stundenweise. Wir sahen kaum Läden und wenn, dann nur mit uns mehr als dürftig erscheinendem Warenangebot. Das Einkaufen geschah fast ausschließlich in den dunklen „libreta“-Läden, in denen die Kubaner die auf ihre Familienkarte erhältlichen Lebensmittel wie Reis, Bohnen und Zucker, etwas Fleisch, aber auch einfache Haushaltswaren wie Waschpulver, Seife, Zahnpasta, Wischtücher, Bürsten u. a. erhielten.

Im Osten des Landes war die Lage noch schwieriger, sogar eine ausreichende Ernährung war nicht selbstverständlich. Dennoch ist dort die Unterstützung für die Revolution immer stärker als im Westen der Insel gewesen. In der Nationalhymne wird mit den Bayamesen **Bayamo** erwähnt, wo 1868 der Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien begann. Die Guantanamera, also die Bäuerin aus **Guantanamo**, ist weltbekannt und **Santiago** ist die Wiege der Revolution, die 1953 begann. Alles im Osten Kubas.

1993 besuchten etwa 500.000 Touristen die „große Insel“. Für bestimmte Nationen gab es besondere Touristenzentren, unserem benachbart am Strand östlich von Santa Cruz del Norte lag eines für Italiener. Die größte Ausländergruppe war dem Jahrzehntelangen Ausbleiben der Yankees 1993 wie auch heute die Kanadier, für die oft der Alkohol in Form von Rum, das wichtigste im Kuba-Urlaub war. Aus den 200.000 1993 sind 1,2 Mio Kanadier 2015 geworden.

Die zweitgrößte Gruppe sind wegen der Verwandtenbesuche inzwischen die USA-Bürger. Sie werden aber nicht in der Tou-

ristenstatistik aufgeführt. Es könnten in diesem Jahr 900.000 werden.

Die zweitgrößte Touristengruppe sind mit 140.000 die Deutschen, gefolgt von den Engländern, Franzosen, Italienern, Spaniern, Argentinern, Mexikanern, Russen und Niederländern. Im Jahr 2000 waren es über 1,8 Mio Urlauber, 2004 2,0 Mio, 2010 2,5 Mio, 2014 3,0 Mio, 2015 3,5 Mio und in diesem Jahr können es 4,0 Mio werden.

70% der Besucher wohnen den meist erst nach 1995 gebauten Hotels. 30% wohnen in Privatquartieren, den „Casas particulares“ deren Qualität zumindest in den Stadtzentren oft zu wünschen übrig lässt. Überall aber findet man saubere Betten mit guten Matratzen und guter Bettwäsche vor. In Kuba braucht man bis auf einige kalte Tage ab Mitte Januar bis Mitte Februar nur zwei Laken. Auch Duschen mit warmem Wasser sind da. An allem anderen aber fehlt es oft. Das bezieht sich auf Einrichtungsgegenstände im Zimmer, die bei uns selbstverständlich sind, auf den meist fehlenden separaten Eingang zum Zimmer und auf den Kühlschrank, der oft gemeinsam mit der Vermieterfamilie zu nutzen ist. Dabei soll aber die außerordentliche Freundlichkeit der Kubanerinnen und Kubaner hervorgehoben werden. Wenn man auf Mängel aufmerksam macht oder Wünsche äußert, versuchen sie, diese abzustellen bzw. zu erfüllen, soweit es ihnen möglich ist. Bei 25 CUC für eine Übernachtung (für zwei Personen ist es nicht oder nur geringfügig mehr), ist aber kein Frühstück im Preis inbegriffen. Dafür bezahlt man 3 bis 5 CUC zusätzlich. Da ich morgens immer zwei Tassen Tee trank und mir das Frühstück selbst besorgte, habe ich erst nach langem Suchen in einem Geschäft zwei große 200 ml Tassen gefunden.

Die Kubaner trinken den Kaffee sehr stark in kleinen Mokkatässchen zu 30 ml. Sonst trinken sie Getränke - meist Wasser - kalt und benutzen Gläser. Geschirr aus Porzellan ist Mangelware. Schüsseln und Untertassen kennt man kaum. Eine Sorte flache Teller, meist aus Hartplaste, muss genügen. Besteck und Töpfe sind wenig vorhanden und oft uralt. Wasser wird auf Gasherden zubereitet. Ab 2000 wurden in ganz Havanna Erdgasleitungen verlegt. Davor wurde mit Flugzeugbenzin gekocht, was öfters üble Verbrennungen zur Folge hatte.

Ich habe 2015/16 bei 57 Übernachtungen in fünf verschiedenen „habitaciones“ gewohnt, drei in Havanna und zwei in Santiago. Zwei Nächte war ich die 860 km der Strecke Havanna-Santiago mit dem Bus unterwegs, der für diese Strecke etwa 14 Stunden benötigt und dabei fünfmal für etwa eine halbe Stunde Halt macht (San-

ta Clara, Ciego de Ávila, Camagüey, Las Tunas und Bayamo). Eine Fahrt kostet 51 CUC. Die konvertible kubanische Währung liegt im Wert geringfügig unter dem Euro, da sie dem US\$ entspricht. Der Kauf einer Fahrkarte nimmt einschließlich des Wegs zum „ZOB“ und zurück, der sowohl in Havanna als auch in Santiago am Stadtrand liegt, etwa vier Stunden in Anspruch.

Während die Ausländer in modernen Reisebussen mit Klimaanlage fahren, fahren die Einheimischen in einfachen Bussen, selbstverständlich wesentlich billiger und sie können auch ihre Fernfahrkarten im Stadtzentrum kaufen. Der Verkauf der Fahrkarten für Ausländer nur am Stadtrand hat den Nebeneffekt, dass die Taxifahrer eine zusätzliche Einnahmequelle haben, wie sie typisch für den Weg der Fahrgäste zum Hotel oder Flughafen ist. Fernfahrkarten kauft man einige Tage im Voraus, da sonst die Plätze bereits ausverkauft sein können.

Nun will ich im Weiteren einige Dinge erwähnen, die mir seit 1993 auffielen. Bereits 2000 stellte ich fest, dass die Polizei materiell gut ausgerüstet ist, die Autobahnen und Hauptstraßen repariert und die Grünstreifen gepflegt sind. Erste Verkaufseinrichtungen sah ich, jedoch war dort mit CUC (C von convertible) zu zahlen, obwohl die eigentliche Währung der CUP (P von Peso) auch MN (moneda nacional) ist. Das waren die „Forum-Läden“ der DDR. Inzwischen wird überall doppelt ausgepreist und alle Erzeugnisse, die es gegen CUC zu kaufen gibt, können auch mit CUP bezahlt werden.

23.05.2016 *Günter Althaus*

## LYRIK

Panama Pampers (von Jürgen Riedel)

Prallverschmutzt  
Panama ist überall:  
Scheindemokratien Diktaturen  
Stinklegal Superreichtum Profitgier  
Schlägt Würde der Arbeit windelweich

Panama Papers  
Weniger anrühlich  
Zu Recht befleckt mit Illegalität  
Sollen ablenken  
Von Pampers-verdrecktem Kapitalismus

Menschenschutz zweitrangig  
(von Jürgen Riedel)

Glyphosat-Saat der Profitgier  
Sünde an der Gesundheit  
Scheindemokratie: Erntehelferin

# Nachruf auf Heinz Born

Im Alter von 96 Jahren verstarb im April unser Genosse Heinz Born.

„Mein Leben in zehn Kartons und auf vier Wänden“ – unter diesem Motto präsentierte Heinz Born in einem kleinen Raum seiner schmucken Wohnung in der Langen Straße Andenken an sein bewegtes Leben. Hier wurde Geschichte lebendig – in Gestalt der Biografie eines deutschen Linken. Sorgfältig hatte Heinz diese Erinnerungsstücke zusammengetragen und präsentierte sie gern dem staunenden Besucher.

In den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges hätte ein Granatsplitter sein noch junges Leben beinahe beendet, doch Heinz hatte Glück. Wenn er interessierte Be-



sucher durch das kleine Kabinett in seiner Wohnung in der Langen Straße führte, durfte dieses kleine Stück Metall nicht fehlen. Es entschied mit über seinen weiteren Lebensweg, ein Leben für den Frieden.

Bis zuletzt nahm Heinz Born aktiv Anteil an der Politik seiner Partei, war auf vielen Veranstaltungen und Demonstrationen zu sehen, warb in seiner Familie und seinem Bekanntenkreis unermüdlich für linke Politik. Sicherlich mit großem Erfolg. Wir werden Heinz in dankbarer Erinnerung behalten.

*Im Namen des Kreisvorstandes und des Stadtteilverbandes Mitte, Carsten Penzlin*

## Maria Marschall: Sowjetische Ärzte retteten uns

Im Oktober 1945 wurden wir aus Oberschlesien nach Mecklenburg umgesiedelt. Wir kamen durch mehrere Lager, zuletzt nach Laage in Mecklenburg. Das Lager bestand aus einigen Scheunen, die Lagerstätten aus übereinander gezimmerten Pritschen: Mitte Dezember brach im Lager eine Typhusepidemie aus. Jeden Morgen befinden sich einige Tote zwischen den gesunden und kranken Menschen.

Meiner Pritsche gegenüber lag eines Morgens eine Mutter tot zwischen ihren fünf Kindern. Das schlimmste war, dass von außen keine Hilfe kam. Das Lager war durch die Lagerleitung gesperrt worden. Es durfte niemand herein und niemand hinaus. Die Toten wurden von den Gesunden selbst weggeschafft und in eine leer stehende Scheune gebracht. Zwei Tage vor Weichmachten wurde ich selbst krank

an Typhus. Kein Arzt kam ins Lager, um zu helfen.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag waren plötzlich fünf sowjetische Ärzte im Lager. Ohne Furcht vor Ansteckung untersuchten sie die Kranken auf ihren verseuchten Pritschen. Sofort trafen sie Anstalten, um die Kranken zu behandeln und eine Veränderung herbeizuführen. Schon am nächsten Morgen standen Wagen vor den Scheunen die die Kranken wegbrachten.

Inzwischen hatten sie ein in der Nähe gelegenes Gutshaus räumen lassen und alle Kranken Darin untergebracht, zunächst auf sauberem Stroh auf der Erde. Aber wie durch ein Wunder waren nach zwei Tagen neue Bettgestelle da, mit frischem und sauberem Stroh gefüllt. Wer keine Decken hatte, bekam welche von den sowjetischen Ärzten. Ich habe mehrere Frauen weinen

gesehen, darüber, dass ihren Kindern geholfen wurde.

Die Ärzte haben sich auch weiterhin um uns gekümmert. Gewiss, es starb noch mancher, der zu schwach war, die schwere Krankheit zu überstehen: Aber die meisten überlebten. Auch meine Schwägerin, die oft ohne Besinnung war, und ihre zwei Kinder wurden wieder gesund. Ich selbst habe sieben Wochen in diesem ehemaligen Gutshaus, das als Krankenhaus eingerichtet war; krank gelegen und nicht geglaubt; dass ich es überleben würde. Mein Leben verdanke ich den sowjetischen Ärzten.

*Aus: Unbesiegbare Kraft: Erinnerungen und Episoden. Aus dem Kampf der Arbeiterbewegung im Bezirk Rostock, S. 170f, Rostock, Hinstorff 1976.*

## Gutes für Rostock mit Dorothee Barndt

Am 11. Mai konnte unsere Genossin Dorothee Barndt (Lütten-Klein) im Restaurant Carlo den Erlös aus ihrer Charity-Veranstaltung vom 29. April übergeben. Zoo-Direktor Udo Nagel (Foto) bekam einen Spendenscheck überreicht.

Dorothee bedankt sich bei Prof. Wolfgang Methling, Carsten Loll sowie bei Hans-Jürgen Donner und Merve Hähnel für ihre Spende. Ein Dankeschön geht auch an Herrn Pudimat von der Aesculap-Apotheke, und an Frau Bruhn von der Firma Elektro Goertz, die schon vor der Veranstaltung spendeten.

Die WIRO überwies der Kindertanzgruppe „Die Perlen aus Groß Klein“ mit dem Duo Tarangini ein Honorar.

**Dorothee Barndt arbeitet seit dem 1.6.1971 ehrenamtlich. Dafür spricht ihr die Rostocker LINKE ihren Dank aus.**



# Nachruf Eggo Habelt

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Bürgermeister von Lelkendorf,

Genossen **Eggo Habelt**,

der durch einen tragischen Unglücksfall mitten aus dem Leben gerissen wurde.

Wir haben unseren Freund und Genossen, Eggo Habelt, in den vergangenen Jahrzehnten als einen Menschen kennen- und

schätzen gelernt, der sich tatkräftig für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner, nicht nur einer Gemeinde, einsetzte.

Sein hervorragendes Wirken als Bürgermeister in der Gemeinde Lelkendorf, in den Kreistagen und auf Landesebene wurde außerordentlich geschätzt und geachtet.

Seinen Familienangehörigen gilt in diesen schweren Stunden unser besonderes Mitgefühl!

Wir werden Genossen Eggo Habelt stets in Ehren gedenken.

*Peter Hörnig, Vorsitzender Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock*

*Karin Schmidt, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Kreistag Landkreis Rostock*

Lelkendorf, 15. Mai 2016

# Nachruf Günter Waldschläger

Tief betroffen teilen wir mit, dass

unser Freund und Genosse **Günter Waldschläger**,

am 17. Mai 2016 verstorben ist.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir Günter als einen aufrichtigen, fleißigen und über Parteigrenzen hinaus geschätzten

und verbindenden Menschen kennengelernt.

Sein hervorragendes, jahrzehntelanges Wirken als Ratsvorsitzender, als unser Vertreter am „RundenTisch“, als Fraktionsvorsitzender in den Kreistagen und in der Gemeinde Satow, wurde außerordentlich geschätzt und geachtet.

Unser besonderes Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seiner Familie.

Wir werden Genossen Günter Waldschläger stets in Ehren gedenken.

*Peter Hörnig, Vorsitzender Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock*

*Karin Schmidt, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Kreistag Landkreis Rostock*

Heiligenhagen, 17. Mai 2016

# Solidarität hat einen Namen: DIE LINKE

*Unsere Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger veröffentlichten vor dem Bundesparteitag ein Strategiepapier „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“, das wir hier in Auszügen dokumentieren:*

In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft bewegt. Sie steht an einem Scheideweg: Zwischen rechter Hetze und neoliberaler Konkurrenz auf der einen Seite, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite. Werden größere Teile der Erwerbslosen, Prekären, Geringverdienenden und die abstiegsbedrohte Mittelschicht sich den Rechtspopulisten zuwenden und damit den Weg für eine noch unsozialere, autoritäre und antidemokratische Entwicklung bereiten? Oder gelingt es, Konkurrenz und Entsolidarisierung zurückzudrängen und ein gesellschaftliches Lager der Solidarität zu bilden? (...)

Seit ihrer Gründung liegt die besondere Funktion der LINKEN darin, die Interessen der Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Menschen mit geringen Einkommen stark zu machen und mit ihnen für Verbesserungen ihrer Lage zu kämpfen. Rico Gebhardt hat die zentrale Herausforderung auf den Punkt gebracht: »Den größten Beitrag, den wir als Linke gegenwärtig gegen den Rechtstrend leisten können, ist, wenn wir

die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen zurückzugewinnen. Das ist eine soziale Herausforderung mit hohem antifaschistischen Effekt!« (...)

Das gesellschaftliche Lager der Solidarität gibt es noch nicht. Aber es gibt die vielen Menschen, die für bessere Arbeitsbedingungen und bezahlbare Mieten, gegen prekäre Arbeit und die Gängelung in den Jobcentern kämpfen. Die sich gegen rechte Gewalt, Rassismus und in der Unterstützung von Geflüchteten engagieren. Es gibt die vielen Menschen, die durch den reaktionären Kulturkampf der AfD gegen Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung in ihrer Lebensweise bedroht werden. Es gibt die vielen Menschen, die sich um den Zustand von Demokratie, Bürger- und Menschenrechten in Europa sorgen. Die sich für Klimagerechtigkeit und einen gerechten Welthandel engagieren. Und es gibt die Millionen Menschen, die sich über die Bereicherung weniger auf Kosten der Mehrheit empören. Diese Vielen können das »Lager der Solidarität« bilden, wenn sie ihr Gemeinsames finden. Als linke Partei haben wir die Aufgabe, zur organisierenden Kraft einer solchen gesellschaftlichen Strömung zu werden. (...)

Um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern, müssen wir stärker als bislang die Botschaft ausstrahlen: »Keine Partei kann allein die Gesellschaft ver-

ändern, aber gemeinsam können wir uns auf den Weg machen. Lasst uns gemeinsam mit den vielen Menschen ein gesellschaftliches Lager der Solidarität gegen Dauerstress und Existenzangst, gegen die Bereicherung und kriminelle Steuerflucht der Super-Reichen, gegen Rassismus und rechte Gewalt bilden. Es geht um eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.« (...)

Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel. Nur eine »Revolution der Gerechtigkeit« kann verhindern, dass Millionen Menschen im Alter in Armut leben und Millionen Kinder in Armut aufwachsen. Nur eine Revolution der Gerechtigkeit kann gute Gesundheitsversorgung, Bildung und bezahlbares Wohnen für alle durchsetzen. Gute Arbeit, Sicherheit, ein gutes Leben im Alter, der garantierte Schutz vor Armut und das Recht auf Teilhabe auch im Fall der Erwerbslosigkeit – das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten in einem reichen Land. Heute sind sie es nicht mehr. Wir müssen sie als soziale Garantien für alle Menschen erkämpfen. (...)

Eine Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie fängt an mit einer Kampfansage an die Wenigen, die unermesslichen Reichtum, Vermögen und Macht auf Kosten der Mehrheit der Menschen angehäuft haben. Wir nennen die

Namen derjenigen, die von prekärer Arbeit, Armutslöhnen, steigenden Mieten und Pflegenotstand in den Krankenhäusern profitieren. Arme sterben früher – auch weil Reiche ihr Geld ins Ausland schaffen. Der aktuelle Skandal um die Briefkastenfir­men in Panama zeigt, dass wir die Steueroasen austrocknen, die organisierte Steuerhinterziehung der Reichen und Konzerne bekämpfen und den von den Arbeitenden produzierten Reichtum zurück umverteilen müssen. Wir kämpfen für eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die gesellschaftliche Kontrolle über die Banken und die Schrumpfung der Finanzmärkte. Eine radikale Umverteilung des Reichtums ist die Grundlage dafür, dass wir die drängenden gesellschaftlichen Probleme lösen können: die Armut bekämpfen, in gute Gesundheitsversorgung, Bildung und bezahlbare Wohnungen für alle investieren, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die erneuerbare Energie­wende voranbringen, Integration sozial gerecht gestalten und Fluchtursachen bekämpfen können.

Eine Revolution der Gerechtigkeit richtet sich an die Millionen Beschäftigten im Land. An diejenigen, die in prekärer Arbeit, mit Hartz IV oder Niedriglöhnen ihre Zukunft nicht mehr planen können. Sie richtet sich an die vielen Beschäftigten, die unter Dauerstress leiden und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein unerfüllter Traum geblieben ist. Wir kämpfen für eine Revolution der Arbeit: Arbeit muss für alle Menschen sicher, kürzer, geschlechtergerecht und gerecht verteilt, selbstbestimmt und demokratisch gestaltet sein. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg: für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns, steigende Löhne und eine Stärkung der Tarifverträge, für sichere Arbeit statt Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge. Zu den anstehenden Kämpfen um Zeit gehört eine Initiative zur Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung: das kann über die gesetzliche Wochenhöchst­arbeitszeit, über das Recht auf Sabbaticals für alle und über die Schaffung existenzsichernder Teilzeit und »kurzer Vollzeit« statt Minijobs erfolgen.

Eine Revolution, die Armut beseitigt, Teilhabe gewährleistet, gute Renten, gute Gesundheitsversorgung und Pflege, gleichen Zugang zu Bildung und bezahlbares Wohnen für alle schafft. Dies sind die sozialen Garantien des Lebens, die eine soziale Demokratie auszeichnen. Sie sind für uns nicht verhandelbar, aber sie müssen gemeinsam erkämpft werden. (...)

Aktuelle Untersuchungen belegen, dass trotz Wirtschaftsaufschwung Armut und Kinderarmut zunehmen und das Risiko der Altersarmut längst die Durchschnittsverdienenden erreicht hat. Fast jeder und jedem Zweiten, die und der ab 2030 in Rente geht, droht eine Rente unterhalb der Armutsgrenze. Mit unseren Konzepten für eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV in Höhe von 1050 Euro, für eine Grundsicherung für alle Kinder und für eine solidarische Mindestrente könnte Armut in einem reichen Land sofort beseitigt werden. Das Rentenniveau muss dringend angehoben, die Rente mit 67 und die Privatisierung durch die gescheiterte »Riester-Rente« müssen zurückgenommen werden. Bei der Rentenversicherung muss ebenso wie bei der Gesundheitsversicherung das Zwei-Klassen-System aufgehoben werden und einer solidarischen Versicherung für alle Menschen weichen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum betrifft Millionen Menschen in diesem Land. In den Krankenhäusern herrscht Personalmangel und Burn-out der Beschäftigten. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss dringend ausgebaut werden. Bei Wohnen, Bildung, Gesundheits- und Energieversorgung haben Markt und Wettbewerb nichts verloren, sie müssen in öffentlicher und demokratischer Verfügung organisiert werden. (...) Lange war die Funktion der LINKEN im Parteiensystem und für Wählerinnen und Wähler dadurch bestimmt, dass wir die SPD, in Teilen auch die Grünen, getrieben haben. Wenn es aber kein linkes Lager gibt und die SPD im Niedergang ist, müssen wir unsere Funktion in der Gesellschaft, unsere Rolle im Parteienspektrum neu definieren. Wir müssen uns als offensive und konstruktive Kraft für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung begreifen

– das meint mehr, als Opposition zu sein, und doch etwas anderes, als sich als bloßes Korrektiv einer Mitte-links-Regierung zu verstehen. Wir sind keineswegs bereit, SPD und Grüne aus der Verantwortung zu entlassen, gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie zu sorgen.

Die Hegemoniefrage von links stellen heißt eben nicht, staatstragend aufzutreten. Es heißt vielmehr, der Postdemokratie einen Gestaltungsanspruch im Alltag gegenüberzustellen. Der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Großen Koalition und dem rechten »Gesellschaftsentwurf« der Ausgrenzung und Verrohung setzen wir einen linken Gesellschaftsentwurf für eine solidarische Gesellschaft entgegen. Neben dem politischen Willen in den Parteien (also einem grundlegenden Kurswechsel bei SPD und Grünen) braucht es vor allem gesellschaftliche Mehrheiten für gemeinsame Projekte und die Macht, durch gemeinsame Mobilisierung mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zentrale Einstiegsprojekte auch gegen massiven Widerstand der Superreichen durchsetzen zu können. (...)

Die Partei DIE LINKE sieht sich nicht als Stellvertreterpartei, sondern als Organisation, die den Menschen in ihren Kämpfen für höhere Löhne und soziale Rechte, mehr Demokratie und Klimagerechtigkeit nützlich ist. DIE LINKE ist in einigen Orten an der Basis längst gesellschaftliche Partei. Aber da geht noch mehr. (...) Entscheidend ist dabei, dass wir in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (etwa um steigende Mieten, gegen die Privatisierung des örtlichen Krankenhauses) aktiv präsent sind und Menschen einladen, gemeinsam mit uns aktiv zu werden, um konkret etwas zu verändern. Es geht also nicht nur um die richtigen Forderungen, sondern darum, Prozesse praktisch (mit) zu organisieren: eine Politik zum Mitmachen, eine Politik, die vor Ort organisiert, in den Betrieben, Stadtteilen und Familien spürbar ist. Eine Politik, die den Menschen Mut macht, zusammen mit anderen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. (...)

### Große Koalition in Angst vor dem Wähler? Auch 2016 kein „Wahl-O-Mat“ in Mecklenburg-Vorpommern?

Dazu erklärt unser Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, Kay Kröger: Wie aus Kreisen der Landeszentrale für politische Bildung verlautet, könnte es auch in diesem Jahr keinen „Wahl-O-Mat“ in Mecklenburg-Vorpommern geben. Erneut verschließen sich SPD und CDU dieser Idee.

In einer Demokratie ist es unverzichtbar, dass die Wählerinnen und Wähler die Po-

sitionen und Forderungen der Parteien vergleichen können und somit in die Lage versetzt werden, ihre Wahlentscheidung zu fällen. Dafür hat sich bei vielen vorangegangenen Wahlen der „Wahl-O-Mat“ als sehr praktisch erwiesen.

Trotz der Kritik, dass die Fragen nur mit „ja“ „nein“ oder „Enthaltung“ bewertet werden können, ist es bewiesen, dass der „Wahl-O-Mat“ ein Mittel zur Aufmerksamkeitssteigerung für die entsprechenden Wahlen ist. Neben der Analyse, welche Partei nun am meisten mit den abgegebenen Antworten übereinstimme, werden über den „Wahl-O-Mat“ auch allgemeine

Hinweise zum Wahlprozedere gegeben und weiterführende Links zu den Parteien und zur jeweiligen Landeszentrale für politische Bildung angeboten.

Zur Erstellung der Fragen und Thesen benötigt die Landeszentrale für politische Bildung die Mitarbeit der zur Wahl stehenden Parteien. Es kann nicht sein, dass, wie schon im Jahr 2011, die SPD und CDU sich dieser Arbeit verweigern. Ich fordere diese beiden auf, ihre Mitarbeit zu signalisieren und die Vergleichbarkeit der Parteien zu ermöglichen. Wir müssen unsere Inhalte nicht verstecken oder hat die große Koalition Angst vor dem Wähler?

# Regine Lück aus dem Landtag

**Mietpreisbremse auch in Mecklenburg-Vorpommern einführen!  
Neue Mietrechtsnovelle unterstützen!**

Liebe Genossinnen und Genossen, erinnert ihr euch daran, dass unsere Fraktion schon vor zwei Jahren forderte, die Mietpreisbremse flächendeckend – also für das ganze Bundesgebiet – einzuführen und sie wirksam auszugestalten? Wäre das Realität geworden wären wir heute nicht auf das Wohlwollen der Landesregierung angewiesen. Doch leider muss ich immer wieder dafür streiten, so auch in der vergangenen Landtagsitzung im April:

Die beiden Städte mit dem größten Bedarf einer Mietpreisbremse in MV sind Rostock und Greifswald. In beiden Städten hat die Kommunalpolitik der Landesregierung einen klaren Handlungsauftrag erteilt, aber das zuständige Wirtschaftsministerium tut sich sehr schwer.

Schon vor über einem Jahr stellte ich die Frage, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt festzulegen, in denen die Mietpreisbremse gelten soll? Es wurde nichtssagend geantwortet und somit deutlich, dass das Wirtschaftsministerium alles daran setzt, eine Mietpreisbremse zu verhindern.

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der wenigen Bundesländer, in denen es keine Landesregelung zur Mietpreisbremse – weder bei bestehenden Mietverhältnissen noch bei neuen Mietverträgen – gibt. Seit zum Monatsbeginn auch in Thüringen für Erfurt und Jena die Mietpreisbremse gilt, gibt es sie in elf Bundesländern. Niedersachsen ist dabei, sie einzuführen.

Die Argumentation meiner Regierungskollegen, dass in weiten Teilen des Landes die Mieten niedrig sind, greift hier nicht. Erstens ist die Mietpreisbremse ausschließlich Gebieten mit Wohnungsknappheit vorbehalten und zweitens muss die Miethöhe immer im Kontext mit dem Einkommen betrachtet werden. Wir sind im Lohnkeller, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch und die Altersarmut nimmt zu.

Der Anteil von Wohngeldempfängern ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt und viermal so hoch wie im Saarland und in Bayern. Im aktuellen Wohngeld- und Mietenbericht wurden die Bruttokaltmieten und das Einkommen von Wohngeldhaushalten einiger Städte verglichen. Demnach liegt die Bruttokaltmiete in Rostock bei 7,12 Euro. In Erfurt und Jena liegt sie bei 6,62 bzw. 7,01 Euro bei vergleichbarem Einkommen. In beiden Städten gilt nun die Mietpreisbremse. (Datenbasis für den Wohngeld- und Mietenbericht ist das Jahr 2013)

Seither sind die Mieten gestiegen und steigen weiter.

Vor dem Hintergrund, dass die Mietpreisbremse für Neubauten und grundsanierte Wohnungen nicht gilt, ist die Aufregung der Immobilien- und Wohnungswirtschaft unbegreiflich. Sie können nach wie vor neu bauen oder grundlegend sanieren und teurer vermieten. Diese Zugeständnisse wur-



den zu unserem Bedauern gemacht, deshalb ist die Bremse lediglich eine Bremse mit halber Kraft.

Es gibt allen Grund, endlich die Mietpreisbremse für Rostock und Greifswald einzuführen und für weitere Orte zu prüfen!

Zum Thema Mietrechtsnovelle: Bundesjustizminister Heiko Maas strebt eine erneute Mietrechtsnovelle an, um die Mieterrechte zu stärken. Ein Referentenentwurf liegt vor. Er beinhaltet unter anderem, dass künftig die neu abgeschlossenen und geänderten Mietverträge der letzten acht Jahre für Mietspiegel herangezogen werden sollen. Die aktuelle Rege-

lung bezieht sich auf die letzten vier Jahre. Die neue Regelung stellt also eine Verbesserung dar, denn wir wissen doch, dass die Mietspiegel derzeit Miet-Erhöhungsspiegel sind. Die Mietpreise bei Neuvermietung der letzten vier Jahre kennen nur eine Richtung: nach oben! Seit Bekanntwerden des Referentenentwurfs werden die Änderungen von der Union und der Immobilien- und Wohnungswirtschaft torpediert.

Zwei Tage vor Beginn der Landtagsitzung im März wurde der Antrag von CDU und SPD mit dem Titel „Marktmanipulation verhindern – keine Ausweitung der Datenerhebung für Mietspiegel von vier auf zehn Jahre“ plötzlich abgesetzt. Die SPD hat in letzter Minute doch noch die Notbremse gezogen, um nicht ihrem eigenen Bundesminister in den Rücken zu fallen. Sinn und Zweck dieses Antrages war ganz offensichtlich, dessen Gesetzesvorhaben zu vereiteln. Ich bin froh, dass die SPD ihr soziales Gewissen nicht ganz verloren hat und den Antrag stoppte. Aber wir sind bitter enttäuscht, dass sich die SPD nicht gegenüber der CDU durchsetzen kann. Ich befürchte, dass das geplante Gesetzesvorhaben völlig verwässert wird. Mit der Union sind Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter kaum zu machen.

Natürlich wissen wir, dass die Mietpreisbremse und ein neues Mietrecht nicht die alleinigen Heilmittel sind, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Es braucht viele weitere Maßnahmen, wie z.B. die Schaffung von neuem sozialen Wohnraum. Eine Mietpreisbremse allein schafft keinen neuen Wohnraum. Aber auch da versagt die Landesregierung kläglich. Deutlich mehr Mittel hätten für diese Vorhaben bereitgestellt, wenn alle Bundesmittel zweckgebunden eingesetzt worden wären (42 Millionen). Stattdessen stehen nur 24,5 Millionen für Neubau, die Ertüchtigung von Leerstand und das Nachrüsten von Aufzügen bereit, von denen nicht ein Cent aus Landesmitteln stammt. Andere Bundesländer hingegen kofinanzieren die Bundesmittel. Warum nicht auch bei uns?

## LYRIK

Frei (von Janina Niemann-Rich)

Grenzenlose Wolkenreise  
Traumsequenz im Lebens-Ich

Zu Hause (von Janina Niemann-Rich)

Balkongeflüster  
Grillgeplänkel  
Nachbarschaft  
Dabei zu sein

# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Di., 7.6.	15:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Friedenspolitik im Ostseeraum (Prof. Gregor Putensen)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Do., 9.6.	17:00 Uhr	Mitgliederversammlung Mitte	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 10.6.	18:00 Uhr	Mitgliederversammlung Lütten-Klein: Auswertung der Parteitage mit Eva-Maria Kröger	Rostock	Danziger Str. 45d
Sa., 11.6.	10-15 Uhr	Rostock - Eine Stadt für alle (Einladung s. unten)	Rostock	Frieda 23
Di., 14.6.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Sa., 18.6.		Kinderfest am Schwanenteich	Rostock	Reutershagen
Mo., 20.6.	16:30 Uhr	Ehrung Lieselotte Hermann bei Fachhochschule	Güstrow	Goldberger Str.
Mi., 22.6.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Güstrow	"El Dorado"
Sa., 25.6.	10:00 Uhr	RotFuchs: Peter Ritter zum Wahlkampf	Rostock	VS: Bremer Str. 24
Di., 28.6.	20:00 Uhr	Lesung Linde Salber: "Hermann Kant - Nicht ohne Utopie"; Eintritt 5 Euro	Rostock	Buchhandlung Thalia Breite Straße
Do., 14.7.	15:00 Uhr	Karsten Kolbe zur Landtagswahl	Evershag.	MGH Gorki-Str. 52
Sa., 16.7.		Christopher Street Day 2016	Rostock	Neuer Markt
Mi., 20.7.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Fr., 22.7.		Wahlkampfaufakt	Rostock	Warnemünde
Di., 26.7.		Ostseebädertour	Graal-Mü.	Seebrücke
Do., 28.7.		Beginn der Briefwahl		
Sa., 6.8.	14:00 Uhr	LINKE-Sommerfest	Krakow	Am Jörnberg
Sa., 27.8.	10-17 Uhr	12. Internationales Friedensfest	Graal-Mü.	Seebrücke



## ROSTOCK - EINE STADT FÜR ALLE?

### Einladung zur Bildungsveranstaltung am 11. Juni 2016 in Rostock

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung, alte und junge Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung - einfach alle - gemeinsam Lebensräume nutzen und gestalten wollen. Aber was heißt es konkret, in einer Stadt zu leben, in der alle Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben teilnehmen und mitmachen können? Und welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit Rostock tatsächlich eine Stadt für alle wird?

Die Bildungsveranstaltung „Eine Stadt für alle“ will diesen Fragen nachgehen und Lösungsansätze suchen. Kommunalpolitiker\_innen sowie interessierte Bürger\_innen der Stadt sind herzlich eingeladen, sich grundlegende Kenntnisse darüber anzueignen, was es bedeutet, in einer Stadt für alle zu leben, und wie alle Menschen einbezogen werden können. Dabei soll der Erfahrungsaustausch zwischen Kommunalpolitiker\_innen und kommunalpolitisch Interessierten gefördert und Ideen der Umsetzung entwickelt werden.

**Termin:** 11. Juni 2016 von 10.00 - 15.00 Uhr; **Ort:** Frieda 23 in Rostock (Friedrichstraße 23), Studio

#### Geplanter Ablauf:

09,30 Uhr Ankommen bei Kaffee und kleinem Snack

10.00 Uhr Was verstehen wir unter einer Stadt für alle?

Vortrag mit anschließender Diskussion

11.00 Uhr Ein Aktionsplan für Rostock - wo stehen wir?

**Vortrag mit anschließender Diskussion**  
12.00 Uhr - 13.00 Uhr Mittagsimbiss und Zeit für Gespräche

13.00 Uhr Impulsreferate zu folgenden Themen

- Welche Möglichkeiten der Einflussnahme haben kommunale Behinderten- und Seniorenbeiräte?

- Barrierefreiheit - mehr als rollstuhlgänglich?

- Länger leben im Quartier - wie geht das?

- Bürgerbeteiligung - für alle Menschen möglich?

13.30 Uhr Diskussion in Arbeitsgruppen zu den Impulsreferaten

14.30 Uhr Zusammenfassung der Diskussion und Ausblick

#### 15.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Die Teilnehmer\_innen erhalten zum Abschluss der Veranstaltung eine Infomappe mit Praxistipps zum Thema.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 038 1-4920010  
Telefax: 038 1-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank

Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)



# Girls Day bei der Rostocker LINKEN

Immer noch gibt es viele Berufe, in denen Frauen stark unterrepräsentiert sind. Deshalb gibt es die bundesweite Initiative „Girls-Day“, die einmal im Jahr zu einem gleichnamigen Aktionstag aufruft. Unternehmen, aber auch Verbände, Vereine, politische Initiativen und Parteien haben dadurch die Möglichkeit, jungen Frauen und Mädchen Einblicke in die verschie-



densten Arbeitswelten zu ermöglichen, mit den Nicht-Männern oft sehr selten oder gar nicht in Berührung kommen. Der Rostocker Kreisverband unserer Partei nahm als einzige Partei in Rostock diese Möglichkeit wahr, Frauen für politische Arbeit zu begeistern. Zwei junge Mädchen meldeten sich im Voraus an unserem Aktionstag an. Für die beiden hatten unser Geschäftsführer Andreas Reinke und unser Kreisvorstandsmitglied Nico Burmeister etwas ganz Besonderes vorbereitet.

Politik verbinden viele Menschen mit langweiliger Schreibtischarbeit, die nicht nur trocken, sondern auch fruchtlos ist. Dass die Realität ganz anders aussieht, konnten die beiden Mädchen im Laufe des Vormittags herausfinden. Auf dem Plan stand ein Rundgang durch die verschiedensten Stationen politischer Arbeit in der Hansestadt. Zunächst trafen wir uns in der Kreisgeschäftsstelle. Hier begrüßten wir die jungen Mädchen und gaben eine erste Einführung. „Was sind Parteien?“ und „Wie sind Parteien aufgebaut?“ waren erste Fragen, die Andreas rasch beantwortete. Danach ging es richtig los mit einem Besuch im Rathaus. Unter anderem trafen wir Katrin Schankin, die unter anderem sehr aktiv ist im Rostocker Stadtjugendring e.V. Neben einer Einführung in die Arbeit der Bürgerschaft und der einzelnen Fraktionen stand auch ein kurzer Besuch beim Bürgerschaftspräsidenten Wolfgang Nitzsche an. Nach dem Besuch im Rathaus stand eine kurze Visite im Ökohaus an. Die Villa hat sich ganz dem Schutz der Umwelt verschrieben. Neben dem Weltladen, der verschiedenste Fairtrade-Produkte anbietet befinden sich mehrere Umwelt- und Naturschutzgruppen in dem Haus. Mehrere Se-

minarräume bieten Platz für verschiedene Veranstaltungen.

Da die Zeit voranschritt und noch mehrere Stationen auf dem Tagesplan standen, ging es bald weiter. Direkt neben der Ökovi- villa befindet sich das Haus der Gewerkschaften. Hier trafen wir den DGB Jugendreferenten Fabian Scheller. Fabian erklärte den beiden Mädchen, welche Aufgaben und wie die Arbeit von Gewerkschaften im Allgemeinen aussehen und was er als Jugendreferent konkret macht. In gemütlicher Runde staunten die beiden Mädchen nicht schlecht.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war der Besuch in der Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungs-Haft der Stasi. Die hier öffentlich gezeigten Ausstellungen faszinierten die Beiden sehr stark. Leider ist die Gedenkstätte nach wie vor sehr einseitig ausgelegt und so mussten Andreas und ich einige tendenziöse Ausstellungsteile richtigstellen. Trotzdem war der Besuch der ehemaligen U-Haft etwas Neues für die Mädchen.

Als letzte Station im Programm war das Peter-Weiß-Haus vorgesehen. Ich erläuterte den beiden die Geschichte des ehemaligen Hauses der „Deutsch-sowjetischen Freundschaft“ (DSF) und den Umbau zum heutigen Peter-Weiß-Haus. Neben der Sozialen Bildung e.V. (SoBi) und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) findet dort u.a. regelmäßig die Veranstaltungsreihe des „Politischen Donnerstags“ (PolDo) statt. Nach einem Rundgang durch das Haus und den Freigarten, der kürzlich wieder eröffnete, ließen wir den Tag bei Kakao und Kuchen gemütlich im Café Lotta ausklingen.

Obwohl sich mit zwei Besucherinnen dieses Jahr weitaus weniger Teilnehmerinnen für der Girlsday anmeldeten als in den vergangenen Jahren, war der Tag ein voller Erfolg. Das neue Konzept des Politischen Stadtrundganges hat sich deutlich bewährt. Andreas und ich konnten sowohl die klassische Parteiarbeit unseres Kreisverbandes aufzeigen, als auch die Arbeit von Gewerkschaften einführen, die für eine linke Politik auf die Dauer unerlässlich ist. Ein Blick hinter die Kulissen des Rathauses war für die Teilnehmerinnen besonders interessant, gleichzeitig konnten wir auf die Möglichkeiten der außerparlamentarischen Arbeit in der Ökovi- villa und im Peter-Weiß-Haus hinweisen. Politik ist nicht langweilig, sondern hochspannend – das ist das Fazit für unsere beiden Besucherinnen. Und dem können wir nur zustimmen!

Nico Burmeister



**Gewinner:** Ulrich Schneider, der Mann mit dem markanten Backenbart und Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, ist jetzt Mitglied der LINKEN!

**Verlierer:** Gregor Gysi nennt DIE LINKE saft- und kraftlos. Starke Worte, die vielen hart ackernden Genboss\*innen vor Ort wie ein Schlag ins Gesicht vorkommen müssen. Aber Hauptsache, er war mal wieder in den Schlagzeilen.

## Monatszitate

Sahra Wagenknecht über das bedingungslose Grundeinkommen: „Das ist nicht die Lösung. Ziel muss sein, dass jeder Mensch sich so qualifiziert, dass er mit eigener Arbeit sein Einkommen sichern kann. Es gibt ein Recht auf Arbeit.“

## Monatszahl

Viele Auszubildende brechen ihre Ausbildung ab. In Mecklenburg-Vorpommern waren es nach den neuesten Daten von 2014 32,6 Prozent aller Verträge, die wieder aufgelöst wurden. Der Nordosten nimmt damit bundesweit den drittletzten Platz ein. Die Abbruch-Quote liegt in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Bundesschnitt, der sich bei knapp 25 Prozent einpendelt.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer referierte in Rostock-Evershagen über den Kapitalismus?
2. Wo fand der Landesparteitag statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.07.2016**